

RESOLUTION DER DV LCH ZUR INTEGRATION VON INFORMATIONSD- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN (ICT) IN DEN SCHULUNTERRICHT

Noch nie bestand wegen neuer medientechnischer Möglichkeiten im Unterricht ein derart grosses Bedürfnis nach bundesweiter Koordination wie seit dem Einzug der Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) in den Schulen. Die Erkenntnis, dass sich beim Ausbleiben von Massnahmen auf nationaler Ebene der in der Gesellschaft bereits bestehende digitale Graben auch im Bildungswesen manifestieren würde, veranlasste die beiden Lehrerinnen- und Lehrerorganisationen LCH und SER (Syndicat des Enseignants Romands) zum Handeln. Im Juni 1999 forderten sie in einem gemeinsamen Manifest eindringlich, dass den Worten im Strategiepapier des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz aus dem Jahr 1998 nun endlich Taten folgen und die Integration von ICT an den öffentlichen Schulen beschleunigt wird. Aus wirtschaftlichen, pädagogischen und soziokulturellen Gründen sollen der Bund, die Kantone und die Gemeinden ausserordentliche Investitionen beschliessen, um die sinnvolle Nutzung der ICT im Bildungswesen flächendeckend zu gewährleisten. Die privaten Unternehmen im IT-Bereich wurden aufgerufen, ebenfalls einen Beitrag für die Schulen im Sinne der Strategie des Bundesrats zu leisten.

Als diese Forderungen endlich politisches Gehör fanden, wirkte der LCH durch Einsitz in der im Herbst 2000 von der EDK gegründeten Task Force „ICT und Bildung“ an vorderster Front mit, um die Initiative „Public Private Partnership – Schule im Netz“ (PPP – SiN) gemeinsam mit Bund, Kantonen und der Wirtschaft mitzuplanen und umzusetzen. Der LCH übernahm in der Folge das Präsidium der Expertengruppe, welche die eingereichten Beitragsgesuche der Kantone nach einem vorgegebenen Kriterienraster zu prüfen hatte und dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) die Entscheidungsgrundlage über eine finanzielle Beteiligung des Bundes lieferte. Dank PPP-SiN konnten in den letzten fünf Jahren erhebliche Fortschritte in den Bereichen Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen, IT-Infrastruktur an den Schulen, Vernetzung der Schulen und technischer sowie pädagogischer Support gemacht werden.

Ende Juli 2007 läuft die Bundesinitiative PPP-SiN aus, ohne dass eine kohärente Nachfolgestrategie aller Akteure in Sicht ist. Um die erreichten Fortschritte zu sichern und noch bestehende Lücken zu schliessen, bedarf es weiterer Anstrengungen auf allen Ebenen:

Lehrerschaft und Schulen

Die Aus- und Weiterbildung der Lehrerschaft muss weiterhin erste Priorität haben. Dank der Initiative PPP-SiN absolvierten mehr als 1'700 Lehrpersonen eine intensive Kaderschulung zur Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen im Bereich ICT. Diese benötigen aber einen klaren Auftrag und eine genügende Freistellung vom Unterricht, um als Multiplikator(innen) wirken zu können. Über 5'000 Lehrpersonen haben Kurse zur Integration von ICT im Unterricht im Rahmen von PPP-SiN besucht. Viele Schulen führen zudem ICT-Kurse in Form von schulhausinterner Weiterbildung durch und erarbeiten schulhausbezogene Konzepte, wie sie künftig ICT für ihre administrative und pädagogische Arbeit sinnvoll einsetzen können. Diese Bemühungen sind fortzusetzen. Die Entscheidung darüber, wie eine Lehrperson ICT als Hilfsmittel in ihrem Unterricht benutzt, muss bei der Lehrperson bleiben. Die Qualität des didaktischen Einsatzes von ICT ist viel entscheidender als die Quantität. Lehrpersonen sollen ICT dann einsetzen, wenn ein didaktischer Mehrwert daraus resultiert und die Schülerinnen und Schüler dadurch effektiver und effizienter lernen. Dazu benötigen sie aber eine zuverlässig funktionierende IT-Infrastruktur und gute Lernsoftware, wie sie z.B. im Rahmen des Wettbewerbs „Good Pr@ctice“ von Lehrpersonen in Zusammenarbeit mit Pädagogischen Hochschulen, Lehrmittelverlagen und ICT-Fachstellen entstanden ist.

EDK und Kantone

Die EDK hat am 1. März 2007 eine ICT-Strategie mit sechs Handlungsfeldern auf der interkantonalen Ebene verabschiedet. Dabei hat die Förderung der Produktion von elektronischen Lehr- und Lerninhalten (eContent) oberste Priorität. Der Zugang zu didaktisch wertvollem eContent muss gesichert werden und die Inhalte sind lehrplanbezogen für alle Stufen zu katalogisieren. Der Schweizerische Bildungsserver hat eine entscheidende Rolle als interaktive Plattform für die Zusammenarbeit aller an der Bildung beteiligten Lehrenden und Lernenden zu erfüllen. Die Kantone und Gemeinden müssen für eine professionelle Wartung und periodische Erneuerung der IT-Infrastruktur an ihren Schulen und für die Weiterbildung der Lehrpersonen ausreichende Mittel zur Verfügung stellen. Die kantonalen ICT-Fachstellen, die im Rahmen von PPP-SiN auf- bzw. ausgebaut wurden, sind weiter zu stärken, damit sie den wichtigen pädagogischen Support beim Einsatz von ICT leisten und die Schulen in der Entwicklung von ICT-Konzepten unterstützen können. Dies gilt auch für innovative Lehrpersonen, die als ICT-Integratorinnen bzw. Animatoren im Sinne kollegialer Beratung vor Ort tätig werden können.

Bund

Seit der Annahme der neuen Bildungsartikel in der Bundesverfassung ist auch der Bund zusätzlich gefordert bei der Steuerung und Entwicklung des gesamten Bildungssystems. Dies gilt insbesondere für den Bereich ICT, bei dem eine bundesweite Koordination wegen der Nutzung der vorhandenen Synergien schlicht eine Notwendigkeit ist. Mit dem „ICT-Lerngesetz“ haben Bundesrat und Parlament die Basis für das fünfjährige Impulsprogramm PPP-SiN geschaffen. Auch wenn der Kredit für dieses Programm im Rahmen der Sparprogramme 2002 und 2003 stark gekürzt wurde, so konnte der Bund dennoch mit den verbleibenden Mitteln wichtige Impulse setzen und zahlreiche Aus- und Weiterbildungsprojekte initiieren. Um die Nachhaltigkeit der erreichten Wirkungen zu sichern, braucht es aber eine Fortsetzung dieses Bundes-Engagements, z.B. bei der Ausschreibung von Aufträgen zur Produktion von schulisch relevantem eContent, der von privaten Verlagen aufgrund des zu kleinen Heimmarktes oder zu grosser Investitionen nicht hergestellt wird. Die Finanzierung des Grundauftrags für die nationale ICT-Fachagentur SFIB, die von Bund und Kantonen gemeinsam getragen wird, muss verbessert und langfristig abgesichert werden. Der Schweizerische Bildungsserver www.educa.ch ist laufend den Bedürfnissen der Lehrenden und Lernenden anzupassen und schrittweise auszubauen. Schliesslich muss der Bund auch Aufgaben im Bereich der Forschung und Evaluation von Lerneffekten im Umgang mit ICT übernehmen.

Privatwirtschaft

Das Engagement der Privatwirtschaft im Rahmen von PPP-SiN ist beträchtlich. Insbesondere leistet die Swisscom jährlich einen zweistelligen Millionenbetrag für die Vernetzung der Schulen und den technischen Support, von dem in der Zwischenzeit sämtliche Kantone und fast alle Schulen profitieren. Dieses Engagement der Privatwirtschaft ist durch ein neues „Commitment“ der beteiligten Firmen für die kommenden Jahre zu sichern. Durch eine Rollenklärung ist dafür zu sorgen, dass die Hoheit bei der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen, bei der Entwicklung von lehrplanbezogenem eContent und beim Einsatz von ICT an den Schulen in den Händen der Bildungsbehörden und der Lehrerschaft bleibt.

Die Delegierten des LCH fordern mit dieser Resolution alle Akteure auf, im Sinne der oben aufgeführten Handlungsfelder die Nachhaltigkeit des Bundesprogramms „PPP-Schulen im Netz“ zu garantieren und mit der Lancierung eines neuen nationalen Impulsprogramms den erreichten Stand der schulischen Integration von ICT zu sichern und weiter auszubauen.

Murten/Morat, 9. Juni 2007